

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Barbara Fuchs, Claudia Köhler, Tim Pargent BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 27.04.2020

- mit Drucklegung -

Überprüfung der Soforthilfe Corona

1.1. Wie werden die Anträge zur Soforthilfe Corona überprüft und beschieden?

1.2. Wie viel Personal steht in den Regierungen für die Antragbearbeitung zur Verfügung (umgerechnet in Vollzeitäquivalente)?

2.1. Findet auch nach positivem Bescheid eine nachträgliche Überprüfung statt?

2.2. Wenn ja, wie viel Prozent der Anträge werden nochmals überprüft?

2.3. Wie viel Personal (umgerechnet in Vollzeitäquivalente) steht für diese nachträgliche Prüfung zur Verfügung?

3.1. Wie viele Fälle von Hinweisen auf Missbrauch (z.B. Anträge von Selbstständigen, die eigentlich keine Hilfe brauchen) in Bezug auf die „Soforthilfe Corona“ sind der Staatsregierung bereits bekannt?

3.2. Wie hoch beziffert die Staatsregierung den finanziellen Schaden durch diesen möglichen Missbrauch?

3.3. Wie viele Strafverfahren sind bereits angelaufen, die diesen möglichen Missbrauch strafrechtlich verfolgen?

4.1. Wie viele Fälle von Hinweisen auf Betrug in Bezug auf die „Soforthilfe Corona“ sind der Staatsregierung bereits bekannt?

4.2. Wie hoch beziffert die Staatsregierung den finanziellen Schaden durch diesen möglichen Betrug (Abfangen von Daten über Fake-Seiten und Umleitung der Hilfsgelder)?

4.3. Wie viele Strafverfahren sind bereits angelaufen, die diesen möglichen Betrug strafrechtlich verfolgen?

5.1. In welchem Zeitraum musste auf dem Antragsformular „Soforthilfe Corona“ keine Steueridentifikationsnummer angegeben werden?

5.2. In welchem Zeitraum musste auf dem Antragsformular „Soforthilfe Corona“ keine Personalausweisnummer angegeben werden?

5.3. Ist eine Zustimmung der Antragsteller zu einer Prüfung des Antrags durch das Finanzamt vorgeschrieben?

6.1. Fand eine Überprüfung des Antragstellers beim Finanzamt statt, bevor es zu einer Auszahlung der Soforthilfe Corona kam?

6.2. Wenn nicht, warum?

6.3. Gibt es einen Abgleich mit dem Finanzamt bzgl. den jeweiligen Bankverbindungen?

7.1. Wie möchte die Staatsregierung zukünftigen Missbrauch verhindern?